

Bezeichnung des Antrages:

Absatz zur Digitalisierung im GSP aktualisieren

Antragstellend: Mitglieder (u.a. aus der BAG IT)

Antragstext: Der 44. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen, den Absatz **10. Digitalisierung** im Grundsatzprogramm zu aktualisieren und den vorletzten Absatz von 9.3 dafür zu streichen:

Neue Fassung:

Die Digitalisierung hat in den letzten Jahren immer stärkeren Einfluss auf Privatleben und Berufswelt genommen. Aber in weiten Teilen des Landes gibt es noch nicht einmal schnelles Internet, was insbesondere in Bildungseinrichtungen, Gewerbegebieten, Innenstädten und Tourismusregionen, aber auch in ländlichen Regionen, nicht länger zu akzeptieren ist. Zudem muss flächendeckend das Netz der neuen Mobilfunkgeneration unter Berücksichtigung der sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen ausgebaut werden.

Um die Digitalisierung voranzutreiben, soll es für die Bürger:innen noch einfacher werden, mit öffentlichen Verwaltungen in Kontakt zu treten und Behördengänge komplett und unkompliziert online zu erledigen. Auch die Verwaltungen untereinander müssen digital zusammenarbeiten. Es muss zudem ein Recht auf Home Office geben.

Die Förderung von Freifunk im öffentlichen Raum befürworten wir. An Schulen und Hochschulen soll verstärkt digital gearbeitet werden und der Umgang mit Potenzialen und Risiken im Internet und mit Künstlicher Intelligenz (KI) in Unterricht und Lehre thematisiert werden. Wir möchten Forschung und Entwicklung von KI fördern, denn KI wird zukünftig viele Probleme besser lösen können und zugleich müssen wir die Risiken im Zusammenhang mit KI rechtzeitig erkennen.

Um die Digitalisierung auszubauen und alle damit zusammenhängenden Herausforderungen in der Bildung, in der inneren Sicherheit, in der Arbeit (Industrie 4.0) und bei den Bürger:innenrechten (E-Government, Transparenz, Sicherheit) zu koordinieren, ist die Schaffung eines Digitalministeriums sinnvoll.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Netzneutralität. Diese muss erhalten bleiben, da die Interessen aller privaten und kommerziellen Nutzer:innen gleichberechtigt sind. Durch eine Aufhebung der Netzneutralität könnten größere, finanzstärkere Unternehmen gegenüber kleineren Unternehmen von den Internetanbietern bevorzugt werden.

Sicherheit ist auch im digitalen Leben wichtig. Dazu gehört, dass Gesetzesverstöße im Netz wirksam verhindert und geahndet werden und hierfür die internationalen Befugnisse

ausgeweitet werden. Insbesondere stellen Hasssprache, Falschmeldungen und Deep Fakes große Gefahren für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt dar, weshalb hier Unternehmen schneller Löschungen durchführen müssen und es gesetzliche internationale Vorgaben benötigt.

Das Recht auf Vergessen und der Schutz der Privatsphäre sowie ein bestmöglicher Datenschutz sind zu gewährleisten. Eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung lehnen wir ab und eine stärkere Überwachung privater Kommunikation sehen wir sehr kritisch. Grundsätzlich ist die Meinungs- und Pressefreiheit auch in der digitalen Sphäre zu gewährleisten.

Digitale Währungen und Blockchains bringen weitere Herausforderungen mit sich. Sie sind teilweise mit Kriminalität und Umweltzerstörung verknüpft und entziehen sich mitunter Prinzipien von Gerechtigkeit und Steuerehrlichkeit. Hier sind innovative Lösungen zu entwickeln, die ethischen Ansprüchen genügen und zugleich die Vorteile von digitalen Techniken nutzen.

Alte Fassung:

Die Digitalisierung wird in der Zukunft eine große Rolle spielen. Für diese Zukunft bedarf es eines starken Internets und somit eines flächendeckenden Breitbandausbaus moderner Glasfasernetze. Auf dem Land muss genauso gutes und schnelles Internet zur Verfügung stehen wie in der Stadt. Zudem sollen flächendeckend das Netz der neuen Mobilfunkgeneration unter Berücksichtigung der sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen ausgebaut werden.

Daher fordern wir:

- flächendeckender Breitbandausbau moderner Glasfasernetze*
- flächendeckender Ausbau der neuen Mobilfunkgenerationen nach Prüfung sozialer, gesundheitlicher und ökologischer Auswirkungen*
- Reduzierung der Emission elektromagnetischer Strahlung*
- alle öffentlichen Einrichtungen sollen offene, sichere und kostenlose WLAN-Hotspots anbieten.*

Um die Digitalisierung voran zu treiben, soll es für die Bürger einfacher werden, mit öffentlichen Verwaltungen in Kontakt zu treten und Behördengänge schneller online zu erledigen (E-Government). Daher möchten wir, dass behördliche Angelegenheiten digitaler gestalten werden. Die Förderung von Freifunk im öffentlichen Raum befürworten wir. An Schulen soll verstärkt digital gearbeitet werden. Um die Digitalisierung auszubauen und alle damit zusammenhängenden Herausforderungen in der Bildung, in der inneren Sicherheit, in der Arbeit (Industrie 4.0), bei den Bürgerrechten zu koordinieren, ist die Schaffung eines Digitalministeriums sinnvoll.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Netzneutralität. Diese muss erhalten bleiben, da die Interessen aller privaten und kommerziellen Nutzer gleichberechtigt sind. Durch eine Aufhebung der Netzneutralität könnten größere, finanzstärkere Unternehmen gegenüber kleineren Unternehmen von den Internetanbietern bevorzugt werden. Sicherheit ist auch im digitalen Leben wichtig. Dazu gehört, dass Gesetzesverstöße im Netz wirksam

verhindert und geahndet werden und hierfür die internationalen Befugnisse ausgeweitet werden. Auch das Recht auf Vergessen und der Schutz der Privatsphäre sind zu gewährleisten. So soll jeder aktiv einwilligen müssen, ob seine personenbezogenen Daten genutzt werden dürfen und es soll jederzeit Auskunft über sämtliche gespeicherten Daten zu erhalten sein. Die aktuell geltenden Datenschutzgesetze begrüßen wir daher. Diese Grundsätze müssen aber auch für Finanzdaten gelten. Eine Art Vorratsdatenspeicherung personenbezogener Finanzdaten, die auch ohne richterliche Anordnung den Behörden auf Anfrage mitgeteilt werden müssen, lehnen wir ab.

Begründung des Antrags:

Der alte Absatz enthielt nicht mehr zeitgemäße Formulierungen, etwa dass die Digitalisierung in der Zukunft eine große Rolle spielt. Sie ist aber bereits jetzt von größter Bedeutung. Das Thema Datenschutz hat mittlerweile neue Schwerpunkte. Zudem kommen weitere Möglichkeiten und Risiken mit KI hinzu, die wir thematisieren müssen.

Unterschriften der Antragstellenden:

Robert Gabel, 13537

Bastian Röhm, 12487

Christoph Meiler, 13520

Elke Weihusen, 12889

Siegfried Schüller, 13537

Miriam Broux, 11696

Petra Melchin, 12811

Inan Erdogan, 13751

Silke Schieß, 12606

Anja Hübner, 11892

Fatima Zibi, 12853

Thomas Preusche, 11897

Georg Tsambasis, 12866